

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

23. Juni 1927

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit: 8 1/2 bis 6 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Vor der außenpolitischen Debatte.

Schwierigkeiten bei den Regierungsparteien.

Heute vormittag trat der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien zur Vorbereitung der außenpolitischen Aussprache im Reichstag noch einmal zusammen.

Inzwischen hat der Ministerrat beschlossen, daß die außenpolitische Debatte morgen beendet werde und der Sonnabend, da kein Beratungstoff vorhanden ist, scheidungsfrei bleiben soll.

Die deutschnationalen Fraktionssitzung dauerte etwa eine Stunde. Dann erschien Herr v. Lindelner bei Herrn Kaas und unterbreitete ihm die von seiner Fraktion gewünschten Änderungen.

Das Durcheinander im Spiegel der Presse.

Die heutige Morgenpresse spiegelt das Durcheinander bei den Regierungsparteien.

Die „Tägliche Rundschau“ meldet, daß eine gemeinsame Erklärung ausgearbeitet worden ist, die Herr Kaas vom Zentrum verlesen wird und die von ihm, Dr. Bapf (Sp.), v. Lindeiner-Wildau (Dnat.) und Leicht (S. Sp.) ausgearbeitet ist.

Der „Tag“ hingegen berichtet: Der Abg. Kaas wird keine direkte Billigung der Politik der deutschen Delegation in Genf aussprechen.

Nach der „Germania“ ist die Erklärung überhaupt noch nicht endgültig formuliert. Das soll erst heute in einer Sitzung des interfraktionellen Ausschusses geschehen.

Nach der „Deutschen Tageszeitung“ ist es aber überhaupt noch ungewiß, ob eine gemeinsame Erklärung abgegeben werden wird. Das hängt von den weiteren Beratungen der Fraktionen ab.

Damit bestätigt sich, was wir heute morgen meldeten, daß in den stundenlangen mühevollen Verhandlungen von gestern noch keine Einigung erzielt worden ist.

Blums Zweifel an Poincarés Außenpolitik. Klarheit notwendig!

Paris, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die außenpolitische Aussprache im Deutschen Reichstag am Donnerstag wird eine entscheidende Rückwirkung auf die parlamentarische Lage in Paris haben, die durch die Kriegstede Poincarés in Lunéville außerordentlich gespannt geworden ist.

Der sozialistische Parteiführer Léon Blum begründet schon am Donnerstagsmorgen im „Populaire“ die sozialistische Interpellation über die Locarno-Politik. Blum betont, daß Poincaré nun einmal für die gesamte Weltmeinung der Mann der Gewalt, der Ruhe, Besetzung und des Mißtrauens gegenüber Deutschland sei.

Deutsch-französischer Handelskrieg?

Erfolgslose Verhandlungen gemeldet.

Paris, 23. Juni. (W.B.) Ueber die Verhandlungen, die zwischen der deutschen und der französischen Wirtschaftsdelegation wegen Verlängerung des am 30. Juni ablaufenden Handelsprotokolls geführt werden, schreibt „Petit Parisien“: Die Verhandlungen gehen fort, aber die Verständigung scheint wenig wahrscheinlich. Man darf sich also nicht wundern, wenn das ablaufende Protokoll nicht erneuert wird.

Die rumänische Wahlregierung.

Oberterrorist Bratiano Ministerpräsident!

Bukarest, 23. Juni. (W.B.) Der mit der Kabinettsbildung beauftragte Bratiano hat nunmehr folgendes Kabinett gebildet: Jean Bratiano Präsident und Minister, Duca Inneres, Vintila Bratiano Finanzen, Arbetoiano Ackerbau und Domänen, Angelesco Unterricht, Popedatu Kultus und Künste, Stelian Popesco Justiz, Inquillov Gesundheit und soziale Fürsorge, Lupu Arbeit, Dimitriu Verkehrsweisen, Risor Arbeiten, General Angelesco Kriegswesen, Prajec Industrie und Handel.

Wider das englische Herrenhaus.

Die Regierung gesteht den antisozialistischen Zweck der Oberhausreform.

London, 22. Juni. (Eig. Drahtber.) Der dritte und letzte Tag der Debatte des Hauses der Lords über die Reformpläne der Regierung für das Oberhaus brachte eine bezeichnende Erklärung des Herzogs von Northumberland, der offen und nachdrücklich aussprach, daß die Absicht der Reform dahingehe, eine Schranke gegen die Gefahr einer zukünftigen sozialistischen Gesetzgebung durch ein Kabinett der Arbeiterpartei zu errichten.

Im Namen der Arbeiterpartei wandte sich Lord Parmoor gegen die „Reform“ und betonte, daß sie praktisch darauf hinauslaufe, jede künftige liberale oder Arbeiterregierung in ihrer gesetzgeberischen Arbeit aufs schwerste zu behindern.

Der Generalkonvent der Gewerkschaften und der Parteivorstand der Arbeiterpartei nahmen am Mittwoch eine Entschließung an, in welcher festgestellt wurde, daß das Unterhaus die höchste Gesetzgebungsinstanz bleiben müsse und das erbliche Haus

der Lords völlig verschwinden sollte. Die Gewerkschaften und die Arbeiterpartei sprechen sich deshalb bedingungslos gegen die von der Regierung geplante Reform des Hauses der Lords aus, die das demokratisch gewählte Unterhaus seines Rechts auf ausschließliche Kontrolle der Staatsfinanzen und der Steuern berauben, jede künftige Willensäußerung der Nation nach Veränderung der verfassungsmäßigen Stellung des Oberhauses unmöglich machen und das Oberhaus als ein Machtinstrument der konservativen Partei verewigen würde.

Aufwertung des Königsgehalts.

Debatte des belgischen sozialistischen Parteiausschusses.

Brüssel, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Belgien werden die Bezüge des Monarchen bei der Thronbesteigung in der Zivilliste auf Lebenszeit geregelt und im Jahreshaushalt steht ein entsprechender Posten. Früher haben die Sozialisten die Zivilliste natürlich abgelehnt. Seitdem sie in der Regierung sind, stimmen sie stets für den Gesamthaushalt und damit auch für die Auszahlung der Zivilliste, ebenso wie für den Haushalt des Heeres oder die Gehälter der Geistlichkeit.

Die Regierung hat nun eine an sich nicht übertriebene Aufwertung der Zivilliste von 3 auf 9 Millionen Franken, entsprechend der Geldentwertung, vorgeschlagen, und der Generalkonvent der Sozialistischen Partei hatte dazu Stellung zu nehmen. Dabel entspann sich stellenweise eine scharfe Debatte. Vanderveelde führte im Verlauf der Aussprache aus, das Prinzip stehe nicht in Frage, die Partei bleibe nach wie vor republikanisch.

Die Wahlrechtsreform in Baden.

Die Verringerung der Wahlkreise beschlossen.

Karlsruhe, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Badische Landtag verabschiedete am Mittwoch in erster Lesung die neue Wahlrechtsvorlage. Dafür stimmten 39 Abgeordnete der Sozialdemokratie und des Zentrums, dagegen 25 sämtlicher anderer Parteien.

Die Aufwertung der Spargelder.

Preußen erhöht den Einheitsfuß von 12 1/2 auf 15 Proz.

In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages leitete der Vertreter des Reichsjustizministers eine Erklärung des preussischen Ministers des Innern mit, wonach auf Grund des jetzt schätzungsweise vorliegenden Status der Sparkassen eine Erhöhung des Einheitsfußes der Aufwertung von 12 1/2 auf 15 Proz. möglich sein wird.

Die Frage der Sparkassenaufwertung hatte in den letzten Wochen den Rechtsausschuss und einen von ihm eingesetzten Unterausschuss eingehend beschäftigt. In einer der letzten Unterausschusssitzungen hatte Reichsjustizminister Hergt erklärt, daß mit den Ländern wichtige Vereinbarungen über die Sparkassenaufwertung getroffen worden seien. Danach wollten alle Länder mit Ausnahme von Bayern und Hessen dafür sorgen, daß jede Sparkasse den Mindestfuß der Aufwertung der Sparguthaben von 12 1/2 Prozent aus eigener Kraft oder durch Heranziehung der Garantien aufbringt.

Preußen hat nun aus dieser Vereinbarung bereits die Konsequenzen gezogen. Es kündigt die Erhöhung des ursprünglich auf 12 1/2 Proz. festgesetzten Einheitsfußes auf 15 Prozent an. Wir begrüßen diese Ankündigung, müssen aber den Versuch der deutschnationalen Presse entgegenzutreten, diese kleine Verbesserung der Sparkassenaufwertung parteipolitisch für ihre Zwecke auszunutzen.

Der gegenwärtige Reichsjustizminister Dr. Hergt hat bekanntlich vor drei Jahren als Vorsitzender der deutschnationalen Reichstagsfraktion das Banner der Aufwertungspropaganda am lebhaftesten geschwungen. So unangenehm ihm die Erinnerung an diese Tatsache heute sein mag, so muß doch jeder Versuch, sie wegzudisputieren, scheitern. Kein Geringerer als der kaiserliche Minister Graf Posadowsky, der Parteigenosse Hergts, den die Deutschnationalen in die Nationalversammlung gewählt hatten, hat Herrn Hergt vor kurzem in öffentlicher Rede zu Gemüte geführt, daß der Bruch feierlich gegebener deutschnationaler Wahlversprechungen dokumentarisch nachgewiesen sei.

Die Sparkassenaufwertung ist bekanntlich eng verknüpft mit der Aufwertung der Hypotheken und der öffentlichen Anleihen. Die Aufwertungsmafie der Sparkassen besteht in der Hauptsache aus den Summen, die den Sparkassen aus der Aufwertung ihrer ausgeliehenen Hypotheken und der in ihrem Besitz befindlichen Anleihen zufließen. Der schmächtige Betrag, den die Deutschnationalen an den Opfern der Inflation verübt haben, wirkt sich also nicht nur zum Nachteil der Hypothekengläubiger, sondern in genau demselben Maße auch zum Nachteil der kleinen Sparer aus, die ihre Sparpfennige der Sparkasse anvertraut hatten.

In strenger Befolgung dieses Befehls ist denn auch von den Parteien des Bürgerblods jeder noch so bescheidene und sorgfältig überlegte Antrag der Sozialdemokratie auf Verbesserung des Aufwertungsrechts niedergestimmt worden. Die Sparkassen bleiben also auf die kleinen Reste ihrer ausgeliehenen Kapitalien angewiesen, die ihnen auf Grund des geltenden Aufwertungsgesetzes zustehen. Auch bei der Anleihaufwertung wird es dabei bleiben, daß die Sparkassen durch das Auslosungssystem im Verlauf von 30 Jahren die kläglichen Reste der von ihnen gezeichneten vielen Milliarden tropfenweise hereinbekommen.

Nachdem so die Regierungsparteien die grundlegende Verbesserung der Sparkassenaufwertung vereitelt hatten, blieb nichts anderes übrig, als die im Gange befindliche Durchführung der die Sparkassen betreffenden Gesetzesvorschriften einer Prüfung zu unterziehen. Das ist von der Sozialdemokratie im Rechtsausschuß geschehen. Sie war es, die den von den größeren Ländern vorgeschriebenen Einheitsfuß der Aufwertung von 12 1/2 Proz. beanstandete; sie war es, die eine allgemeine Heranziehung der Garantien zur Verstärkung der Teilungsmasse verlangte; sie war es, die sich gegen das schwere Unrecht wandte, daß die in entwerteter Papiermark gemachten Rückzahlungen zum Nennwert auf Goldmarkenzahlungen angerechnet werden; sie war es auch, die eine beschleunigte Auszahlung der Aufwertungsbeiträge forderte. Zunächst ohne jeden Erfolg. Die Regierungsparteien lehnten den sozialdemokratischen Antrag auf Umrechnung der nach dem Rückwirkungsstichtag für die Hypothekenaufwertung (15. Juni 1922) geleisteten Rückzahlungen in Goldmark glatt ab. Wenn schließlich Preußen und ihm folgend einige andere Länder, die einen Einheitsfuß von 12 1/2 Proz. festgesetzt hatten, sich bereit erklärten, diesen Satz fallen zu lassen und durch stärkere Inanspruchnahme der Sparkassengarantien einen höheren Satz zu erstreben, so war das in erster Linie eine Frucht der sozialdemokratischen Bemühungen.

Leicht ließe sich noch mehr zugunsten der Sparer erreichen, wenn unserm Vorschlag gefolgt worden wäre, nicht nur die Sparkassen mit kleiner, sondern auch die mit großer Teilungsmasse zu Beiträgen zu verpflichten. Warum darf nicht bei sämtlichen deutschen Sparkassen ein erheblicher Teil der Reingewinne, die sie seit der Markstabilisierung erzielt haben, für Aufwertungszwecke Verwendung finden? Dank der großen Spanne zwischen den Soll- und Habenzinsen waren diese Gewinne in der ersten Zeit nach Schaffung der festen Währung genau wie bei den Banken außerordentlich hoch. Sie hätten diese Höhe nie erreicht ohne die vorausgegangene Währungsstafrophe, sind also auf dem Rücken der Mitsparer gemacht worden. Es wäre darum nur recht und billig, bei allen Sparkassen wenigstens einen Teil dieser Gewinne für die Aufwertung der Guthaben der Mitsparer zu verwenden. Die Regierungsparteien lehnten auch diesen Gedanken ab. Mit den Valliantanträgen, die sie in den letzten Tagen im Unterausschuß vorbereitet haben, ändern sie an der Sparkassenaufwertung herzlich wenig. Auf die kleinen Sparer werden sie damit also auch keinen Eindruck machen.

Lohnsteuererstattungen.

Der Voranschlag seit Monaten überschritten.

Im Jahre 1923 setzte die Sozialdemokratie durch, daß zuviel gezahlte Lohnsteuer infolge Verdienstausfalls oder bei geringer Leistungsfähigkeit auf Antrag des Steuerpflichtigen erstattet wird. Für das Jahr 1925 sind auf Grund dieser Bestimmung an drei bis vier Millionen Lohnsteuerpflichtige insgesamt 53,6 Millionen Mark Lohnsteuer zurückgezahlt worden. Diese Lohnsteuererstattungen haben auch für das Jahr 1926 große Bedeutung erlangt. Millionen Erwerbstätige, die im Laufe des Jahres 1926 nicht voll beschäftigt gewesen sind, aber während der Zeit ihrer Beschäftigung die vollen Lohnsteuerbeiträge entrichtet hatten, erlangten einen Anspruch auf Rückerstattung der zuviel gezahlten Beträge.

Die Zahl der Anspruchsberechtigten war zweifellos im Jahre 1926 infolge der Massenverwerbslosigkeit größer als im Jahre 1925. Die Höhe des Anspruchs im Einzelfall aber scheint geringer gewesen zu sein, weil inzwischen die Freigrenzen wesentlich erhöht, die Familienbeträge heraufgesetzt und die Steuerlast dadurch im einzelnen Fall vermindert worden ist. Da selbstverständlich niemals mehr erstattet werden kann, als an Lohnsteuer gezahlt ist, so mußte das in dem Gesamtbetrag der Rückerstattung zum Ausdruck kommen. Auf Grund der Angaben des Reichsfinanzministeriums sind für das Jahr 1926 bisher an Lohnsteuer erstattet worden:

im Januar	8,8 Millionen
Februar	15,5 "
März	16,7 "
April	10,6 "
Mai	5,7 "

Insgesamt sind also in diesen fünf Monaten 57,3 Millionen Lohnsteuer zurückgezahlt worden. Da noch Anträge unerledigt sind, ist anzunehmen, daß der Gesamtbetrag etwa 60 Millionen Mark erreichen wird. Diese Summe, durch die sicherlich manche Not im Arbeiterhaushalt beseitigt worden ist, verdanken die Lohnsteuerpflichtigen der Arbeit der Sozialdemokratie, ohne deren Drängen niemals eine solche Bestimmung geschaffen worden wäre.

Rechnet man die zurückerstatteten Lohnsteuern dem ausgewiesenen monatlichen Ertrag der Lohnsteuer hinzu, so erhält man folgendes Ergebnis:

	zurück- erstattet	ausgewiesener Betrag in Millionen Mark	Brutto-Ertrag
Januar	8,8	103,8	112,4
Februar	15,5	79,7	95,2
März	16,7	81,4	98,1
April	10,6	91,8	102,4
Mai	5,7	100,0	105,7
insgesamt	57,3	456,5	513,8

Die Lohnsteuer bringt also bereits seit Monaten mehr als den vorgesehenen Ertrag von 100 Millionen monatlich. Bedinglich Ne Monate Februar und März haben einen Minderertrag aufzuweisen, der auf besonderen Ursachen beruht. Berücksichtigt man außerdem, daß seit April andere Zahlungstermine für die Entrichtung der Lohnsteuer an die Finanzämter gelten, so kann man annehmen, daß die nächsten Monate ein weiteres Steigen des Ertrages der Lohnsteuer bringen werden. Ist dies der Fall, dann wird sich der Reichstag bald mit der Frage der Erhöhung der Freigrenzen und der Familienermäßigungen beschäftigen müssen.

Es war einmal . . .

Als sie vor Scholem saßbuchelten.

Jetzt vor drei Jahren war der im Mai 1924 gewählte Inflationsreichstag in seiner Sünden Unbilligkeit. Ganz vorne auf der äußersten Linken saßen Werner Scholem und Ruth Fischer und dirigierten das weltrevolutionäre Konzert.

Die Sozialdemokraten wunderten sich. Sie waren nämlich schon damals der Meinung, daß diese tatendürftigen jungen Leute zu Führern einer Arbeiterpartei nicht ganz geeignet seien. Sie wagten sogar, diese Meinung in aller Bescheidenheit zu äußern. Hei, wie wurden sie dafür von Koenen, Stöcker und Thälmann beschimpft!

Gestern war Koenen Sprecher der Fraktion zum Strafgesetzwurf. Die „Fahne“ berichtet darüber spaltenlang. Dann aber heißt es: „Nachdem der Abg. Scholem für die sogenannten linken Kommunisten die Haltung der SPD. für zu schwächlich erklärt hat . . . wird das Strafgesetzbuch einem besonderen Ausschuss überwiesen.“

Sonst nichts! Nichts von den wiederholten Erklärungen des ehemaligen Führers, die SPD. sei völlig dem Reformismus verfallen und nur noch eine „zweite sozialdemokratische Partei“.

Nichts von den streng marxistisch-leninistisch, prinzipiell tiefgründigen Ausführungen, in denen diese These besonders bewiesen wurde.

vor solchen Eventualitäten den Bürger schützen; im neuen Strafgesetzbuch ist dies auch m. E. vorgesehen. Immerhin ist bekannt, daß schon die Veranlassung zum Diebstahl im Schlafzustand nicht gelang.

Die Psychologie der laienhaften Hypnosevorstellung schließt aber geheime Wünsche ein, die einer ausflüchtenden Entzauoberung bedürfen, ohne daß man dadurch der Hypnose als Heilmittel Abbruch tut. Die sensationelle Wendung“ in Duisburg war ein solcher heimlicher Wunsch.

Tief eingepreßt in der menschlichen Seele, besonders des deutschen Bürgers, ist der „Autoritätsglaube“, der Glaube an den allmächtigen „Zauberer“, den wir als Kinder anstauten; er bringt den Gläubigen in völlige Passivität. Von dem Kirchenliede „Wer nur den lieben Gott läßt walten“ über den Glauben an den berühmten Schulenburg mit seinem „Teht ist Ruhe die erste Bürgerpflicht“ bis zum Glauben an die Reichspräsidentenwahl, deren Zergliederung Theodor Lessing viel Unannehmlichkeit brachte, ist kaum ein Schritt. Dieser Aberglaube an den „Zauberer“ — mag er Hitler, Ludendorff oder Häusser heißen — verpflichtet so wenig. Man braucht sich nicht den Kopf zu zerbrechen, irgendwo hat ein Mensch in unsahbarer Weise zwei Kinder ermordet, und schon schreit die Welt nach dem „Zauberer“, den man ersehnt, um ja der „Sachlichkeit“ entgegen zu können. Das Tribunal wird zur „Szene“, das Publikum hat seine Sensation; wie schön wäre das alles; wir hätten keine vier kontradiktorischen Gulachten gebraucht. Gerade der aufgeklärte Zeitgenosse sollte sich gegen diese verdrängten Wünsche wehren. Wie oft glaubt das Publikum, der Rendanten könne plötzliche Erregungszustände oder gar Geistesstänke durch den „Zauberer“ wie Werner Krauß bannen; wie gerne gäbe der entnervte Rendant sich einem „Dr. Coligari“ hin. Alles dies sind Unsinnigkeiten. Ihre psychologische Wurzel liegt in jener Sucht nach Unverantwortlichkeit, in jenem Mangel an persönlichem Mut, der gebietet, selbst an der Gemeinschaft mitzuwirken; diese Art der „Ruhe“ ist heute keine Bürgerpflicht mehr, sondern ein Schaden für das teimende Gemeinschaftsgefühl, das unter blindem Parieren ausstirbt.

Der „Rendant“ kann nur gefunden, wenn er mit dem Arzt an der Aufklärung seiner Lebensinteressen arbeitet. Der Gemeinschaftsstaat kann nur entstehen, wenn der Bürger die Verantwortung selbst übernimmt, um sich gegen autoritative „Zauberer“ in „Sachlichkeit“ zu schützen.

Die Organisation der deutschen Länger. Die Session für organisierte Fragen auf dem Wiesbadener Kaiserkongress beschloß am Mittwoch abend den deutschen Längern den organisierten Anschluß an den Deutschen Chorlänger- und Ballett-Verband zu empfehlen. Ueber die Form des Anschlusses soll noch beraten werden.

Eröffnung des weltdeutschen Tuberkuloseforschungsinstituts. Am Etkunastal des Ständerbundes in Düsseldorf wurde heute mittag mit einer Veranstaltung von Vertretern, von Trägern der Sozialversicherung in der Rheinprovinz, der Provinzialversicherung, der Städte und Gemeinden sowie der berufenen ärztlichen Organisationen das weltdeutsche Tuberkuloseforschungsinstitut und das Rheuma-Forschungsinstitut gegründet.

Nichts von der Versicherung des gefallenen Engels, die Himmelfischen könnten ihm nicht mehr imponieren, denn er habe sie nach geliehen.

Nichts von der dramatischen Szene, wie sich der lange blonde Urbahn — auch ein Gefallener — zu den Himmelfischen wandte, mit dem Finger auf den kleinen Scholem wies und ausrief: „Vor dem hab ich hoch getagt und gelacht!“

Sic transit gloria mundi! So vergeht der Ruhm der Welt!

Beflaggung der Polizeigebäude.

Ein Erlaß und eine Interpellation.

Der preußische Minister des Innern teilt in einem Erlaß mit, daß die allgemeinen Runderlasse über die Beflaggung der Dienstgebäude auf Polizeiuferkünfte, Polizeischulen, Landjägerresidenzen, Polizeipräsidien und Polizeiamtler uneingeschränkte Anwendung finden. Ob die Beflaggung bei Polizeirevierern, Revierzweigstellen, Postzweigen, Landposten und Landjägerdienststellen möglich oder empfehlenswert ist, entscheidet unter Beachtung der allgemeinen Runderlasse für die Polizeidienststellen der zuständigen staatliche Polizeiverwalter, für die Landjägerdienststellen der zuständigen Landrat.

In einer kleinen Anfrage des Genossen Simon wird darauf hingewiesen, daß in der Schupokaserne Prinz-Friedrich-Karl-Straße Polizeiuferkunft Linden in Berlin auf Anordnung des Polizeimajors Balzer im Haupteingang zur Polizeiuferkunft große Wandembleme des Eisernen Kreuzes in Verbindung mit Lorbeerkränzen und acht schwarzweißen roten Schleifen angebracht seien. Diese Anordnung schwarzweißer Schleifen sei als eine Provokation der Republik und als eine bewusste Herausforderung der monarchistischen Gefinnung des Polizeimajors Balzer zu betrachten. Es wird gefragt, ob das Staatsministerium bereit sei, 1. die Wandembleme historisch getreu gestalten zu lassen (am schwarzweißen Bande), 2. gegen Polizeimajor Balzer das Notwendige zu veranlassen.

Sozialisten und Heeresreform.

In Paris Mehrheit für den Gesetzentwurf Boncour.

Paris, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Dem sozialistischen Bezirkstag des Seine-Departements, der zu dem am nächsten Sonntag stattfindenden Nationalkongress über die Heeresreform Stellung nahm, lagen drei Entschlüsse vor: 1. der äußersten Linken, die überhaupt jede Verteidigungspflicht für die Sozialistische Partei ablehnt; 2. die des Delegierten Zyromski, der in dem Paul Boncour-Gesetz für die Arbeiterklasse und den Sozialismus bedrohliche Vorschriften sieht und 3. die des Delegierten Kahn, die das Paul Boncour-Gesetz rückhaltlos billigt. Der Parteiführer Léon Blum erklärte, daß man das Paul Boncour-Gesetz unverändert hinnehmen könne, daß man aber im Einverständnis mit der Parteiliste in den Ausführungsbestimmungen gewisse Garantien einführen könne. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit von 1318 Stimmen für das Paul Boncour-Gesetz; Zyromski erhielt 1253 Stimmen und der linke Flügel 356 Stimmen.

Mahrtun und Sodenstern. Der Urteilspruch im Prozeß Sodenstern-Mahrtun wurde in unserer heutigen Morgenausgabe entfällt wiedergegeben. Mahrtun wurde — so muß es richtig heißen — wegen übler Nachrede zu 300 M., Sodenstern wegen formaler Beleidigung zu 180 M. Geldstrafe verurteilt.

Keudells Jultertippe. Wie BL. erfährt, ist der Regierungsrat Müller vom Finanzamt Charlottenburg-Ost als persönlicher Hilfsarbeiter des Reichsministers des Innern v. Keudell und damit Ministerialdirektors v. Kameke in das Reichsinnenministerium berufen worden. Herr v. Keudell hat zur Bewältigung seiner Arbeit den dritten Hilfsarbeiter berufen. Man legt in parlamentarischen Kreisen dazu, daß im Reichsinnenministerium zurzeit der Bedarf an Hilfsarbeitern im umgekehrten Verhältnis zur praktischen Arbeitsleistung steht.

Deutsches Schlummerlied.

Weißt du, wieviel Sodensterne stehen
über Deutschland puttschbereit?
Weißt du, wieviel Clohe spähen,
Es gekommen ihre Zeit?
Ludendorff hat sie gezählet,
Daß ihm auch nicht einer fehlt,
Wenn sein Tag herangenaht.

Weißt du, wieviel Koffbuckeln
auf den Gütern einquartiert,
Wieviel morsche Widing-Hüllen
Consul Ehrhardt kommandiert?
Herr v. Keudell, der wird wachen,
Daß sie keinen Unflug machen,
Daß sie alle artig sind,

Weißt du, wieviel Hitterschelme
unsere Flagge zieh'n in Rot?
Weißt du, wieviel Nordstahlhelme
Riffen zu der Freiheit Tod?
Schlafs, deutscher Michel, schlaf!
Hindenburg zählt seine Schafe
Kennt auch dich und hat dich lieb. . .

Mich. v. Lindenbeden.

„Hypnose.“

Von Dr. Werner Leibbrand.

Zu dem soeben abgelaufenen Duisburger Kindermordprozeß erlebten wir wieder einmal „die sensationelle Wendung“, die Mörderin sei von einem Untermieter aus Koche hypnotisiert worden, um das Verbrechen auszuführen. Die Berichte erwiderten nicht der Schilderung einer theatralischen „Doperutto“ oder „Dr. Mirakel“-Pose des angebliehen Hypnotiseurs, welcher als „Samiel-Erscheine!“ im Gebüsch auftauchte.

Die Angst vor der Hypnoseverführung kann durch kein besseres Beispiel gebannt werden als durch jenen Versuch Lombrosos, der erst kürzlich von Hoyer berichtet wurde: Lombroso suggerierte mit Erfolg einem Studenten in der Hypnose, er sei Napoleon; der Hypnotisierte nahm auch sofort die typische Feldherrnstellung ein; als ihm aber befohlen wurde, einen Tagesbefehl auf eine Tafel zu schreiben, weigerte er sich und schrieb: „Soldaten! Weil man jetzt dem Kaiser befehlen darf, etwas auf eine Tafel zu schreiben, lege ich mein Amt nieder! Napoleon.“

Man soll die hypnotische Beeinflussung nicht unterschätzen; ein gewissenloser Hypnotiseur kann Schaden stiften, und das Gesetz würde

Er Schweigt.

Wie tief betäubend für schwarzweihrot getrigerte Herzen klingt die Meldung einer Telegraphenagentur: „In den Tagen vom 14. bis 17. Juni waren auf Einladung des ehemaligen Kaisers eine Reihe deutscher Gelehrter in Doorn!“ Jeder anständige Mensch schlachtet in sein Lohentuch: Warum nicht im königlichen Schloß zu Berlin? Wo bleiben denn die Mühlen, die bekanntlich langsam, aber desto sicherer mahlen und die in gewissen Zusammenhängen mit der Gerechtigkeit stehen? Wo? Wo? Einmal friert ein stiller Verbannter in einem wohltemperierten Ausland. Seine Jähren tropfen, aber es gibt noch genug wadere Kaufhebarie, die zu trocken versteinen und wissen, was Mannestreue bedeutet.

Ein herrliches Gartenlaubendbild erscheint in Großaufnahme. Still und schlicht sitzt der hohe Verbannte in einem gut bürgerlichen Klubfessel, zwei Dadel vergnügen sich harmlos um die Stuhlbeine herum, und vielleicht knistert in Ramin sogar ein trauliches Feuer, die hohe Gemahlin stopft Soden, und Keolsharfen spielen Lottellin unvergessliche Serenade. Vielleicht! Und davor? Keine betretende Dienerschaft, keine Hofmarschälle, keine feilen Sklaven, die irgendeinen Gegenstand nach Verdis „Rigoletto“ höflichstehend verhandeln, o, nein, jeder Brunt ist diesem reinen Herzen fern. Der Blick schweift über ein herrliches Panorama gebeugter Rücken, ergreifend in ihrer rührenden Einsamkeit. Rücken, die den Führern der Nation gehören, also Männern, die hier wieder einmal Mannesstolz vor Königsthronen, in Sperrdruck, offerieren und die wissen, daß sie von der Republik immerhin ganz anständige Honorare kassieren dürfen und daß ihnen diese Huldigung darum nicht als Seruitus mit allen seinen liebenswürdigen Folgersehimmungen ausgelegt werden kann. Leise klinkern die Orden unter den umgehängten Wollmäden. Hochgefühl flutet über steifgestärkte Hemdrüfte.

Und wovon spricht man? Vielleicht erörtert man die wichtige Frage, ob deutscher Sekt doch letzten Endes besser ist als französischer? Vielleicht erinnert sich der erlauchte Verbannte daran, daß ihm ehemals Champagner mit einem deutschen Eitelkeit serviert wurde. O, psui, so können nur gemeine Seelen empfinden! Aber so denkt nicht er, der Unvergessliche, und so denken nicht die sogenannten geistigen Führer der Nation, die sich hier ein Rendezvous geben. Hier, in Doorn, wird unentwegt gearbeitet, der Schweif rinnt. Man spricht nicht über Kadiar und Aulstern, über die subtilen Unterschiede zwischen Champagner und deutschem Sekt, nein, hier rührt man an die tiefsten unaussprechlichen Dinge, die ein Menschenherz bewegen können.

Die Lehre des Joroaster, die Götterwelt und Mythologie der Aias, der Zusammenhang von Raiten und Lebenserfülle, der Ausbau von Kultursammlungen und dazu Hesiod als Delfter stehen zur Diskussion, werden von Meistern der Dialektik hin und her gemandelt. Man hört die gefalteten Stimmen, das Tremolo der Nahrung und Berechnung. Jeder will den anderen überreffen, und er, der Wirt, sitzt da und schweigt. Er schweigt! Kaum glaublich! Kann man ermeslen, was das heißt? Wie oft hat er über Babel und Bibel oder ähnliche Dinge gesprochen. Wie oft hat er Professoren beschämt. Selbst sein Sohn weiß davon zu berichten! Jetzt sitzt er da und schweigt. Wer ist imstande zu ermessen, welche Qualen er dabei leidet! Oder sollten die anderen geschwiegen haben? Handelt es sich hier um einen Irrtum der Telegraphenagentur? Niemand weiß es!

Alfred Arna.

Im Schloß „Hindsgaard“ auf der dänischen Insel Fünen fanden zwei bedeutende Veranstaltungen der Sozialistischen Jugendinternationale statt. Zuerst trat das Exekutivkomitee zu seiner diesjährigen Sitzung zusammen. Die Tagung war gut besucht. Außer den Mitgliedern des Bureau nahmen die Vertreter von 15 Organisationen an den Beratungen teil. Es waren vertreten Deutschland, Dänzig, Dänemark, Belgien, Deutschösterreich, Holland, Polen, Rußland, Schweden und die deutsche und die tschechische Organisation der Fischhändler. Für die Sozialistische Arbeiterinternationale war Genosse Crispian Berlin anwesend, die Internationale Föderation der sozialistischen Studentenverbände vertrat der Genosse Bahmann-Wien.

Die Sitzung, die unter dem Vorsitz des Genossen Heinz taute, nahm zunächst den Geschäftsbericht des Sekretariats entgegen. Genosse Olsenhauer berichtete über

die Arbeit der Internationale

seit dem Amsterdamer Kongress. Im Vordergrund stand die Arbeit auf dem Gebiet des Jugendstudiums, über die besonders eingehend verhandelt wurde. Die Sammlung für die italienischen Genossen wurde mit einem guten Resultat vorläufig abgeschlossen. Zu den wichtigsten politischen Vorgängen nahm die Sozialistische Jugendinternationale in der Januaragung des Bureau und in ihrem Ratikrat Stellung. Der Berichterstatter betonte in diesem Zusammenhang vor allem die gute Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale und mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund.

Zur Unterstützung der Propaganda für den internationalen Gedanken wurde die Herausgabe von zwei Lichtbilderserien beschlossen, von denen eine bereits fertig vorliegt. In der Berichtszeit wurden auch die Vorarbeiten für die Schaffung eines Archivs der Sozialistischen Jugendinternationale aufgenommen. Die Verbindung mit den angeschlossenen Verbänden war fast ausnahmslos sehr rege. Schwierig gestaltete sich nur die finanzielle Lage des Sekretariats durch die großen Veranlassungen des Vorjahres. Die Aussprache über den Geschäftsbericht drehte sich dann auch im wesentlichen um die Behebung dieser Schwierigkeiten. Schließlich gelangte einstimmig der Vorschlag eines Unterausschusses zur Annahme, der die finanziellen Voraussetzungen für einen Ausbau der internationalen Arbeit schafft.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand ein sehr instruktives Referat des Genossen Crispian über die

Möglichkeiten internationaler sozialistischer Arbeiterpolitik.

Genosse Crispian behandelte eingehend die gegenwärtige Lage der internationalen Arbeiterbewegung und gab dann eine Uebersicht über die bisherigen Arbeiten der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die bewies, daß trotz aller Widerstände schon erfreuliche Resultate der internationalen Zusammenarbeit erzielt worden sind. Der Referent schloß mit einem Ausblick auf die nächsten Aufgaben und begründete dabei besonders die enge Verbindung zwischen den Jugendverbänden und der Sozialistischen Arbeiterinternationale, durch die die beste Gewähr für die gute Fortführung der jetzt begonnenen Arbeiten gegeben sei.

Genosse Kimmli-Wien berichtete dann über die Arbeiten für die

Durchführung des Amsterdamer Jugendstudiumsprogramms.

Er konnte feststellen, daß jetzt endlich eine ständige Zusammenarbeit zwischen den drei sozialistischen Internationalen für die Durchführung des bereits früher veröffentlichten Mindestprogramms erreicht worden ist. Notwendig sei nun vor allem auch eine gemeinsame Einwirkung der sozialistischen Parteien, der Gewerkschaften und der Jugendverbände auf die Sozialpolitik der einzelnen Länder.

Die Berichte der Exekutivkomiteemitglieder ergaben die erfreuliche Tatsache, daß die internationalen Beratungen fast überall die Arbeit auf dem Gebiet des Jugendstudiums stark in Fluß gebracht haben. Das Exekutivkomitee gab dem im Januar 1927 beschlossenen Mindestprogramm seine Zustimmung, es wurde jedoch noch die Aufnahme der Forderung nach Anstellung von Jugendinspektoren aus den Kreisen der Arbeiterchaft in Aussicht genommen. Auf den nächsten internationalen Beratungen soll besonders die Frage der Verlängerung der Schulpflicht behandelt werden. Ferner wurde eine engere Arbeitsgemeinschaft zwischen den Verbänden in den Ländern in Aussicht genommen, in denen die gesetzlichen Verhältnisse weitgehend übereinstimmen. Das Internationale Arbeitsamt soll durch die Arbeitervertreter erneut zu einer Behandlung der Jugendstudiumsfragen veranlaßt werden.

Die weiteren Beratungen beschäftigten sich dann mit der Ausgestaltung des auf dem Amsterdamer Jugendkongress beschlossenen alljährlich wiederkehrenden

internationalen Jugendtages.

Auf Vorschlag des Bureau wurde einstimmig beschlossen, diesen internationalen Jugendtag in diesem Jahr am 28. August durchzuführen und die Veranstaltungen als Erinnerungsfeste für den ersten internationalen Kongress auszugestalten, der Ende August 1907 in Stuttgart stattfand. Zur Feier dieses zwanzigjährigen Bestehens der Sozialistischen Jugendinternationale wird ferner eine große internationale Kundgebung der Sozialistischen Jugendinternationale am 28. August in Stuttgart stattfinden. In einem besonderen Aufruf fordert das Exekutivkomitee die sozialistische Jugend auf, diese Veranstaltungen zu wichtigen Kundgebungen zu gestalten. Aus dem Aufruf ist ferner bemerkenswert, daß die Sozialistische Jugendinternationale, die 1907 17 Organisationen mit 50 000 Mitgliedern umfachte, heute 45 Organisationen mit 200 000 Mitgliedern zählt. Beschlossen wurde ferner, das zweite internationale Jugendtreffen Mitte August 1929 in Wien abzuhalten.

Dem Aufnahmeantrag der sozialistischen Jugend Estlands wurde stattgegeben. Dem Bureau wurde ein Antrag überwiesen, die Möglichkeiten für die Durchführung eines internationalen Ferienkurses für die Mitglieder der sozialistischen Jugendverbände im Sommer 1928 zu prüfen.

Der Sitzung des Exekutivkomitees folgte die zweite internationale

Führeraussprache.

die von über 50 Delegierten besucht war. In vierstündigen Beratungen wurde eine Reihe wichtiger Probleme der sozialistischen Jugendbewegung behandelt. Am ersten Tage sprachen einleitend die Genossen Heinz-Wien und Berrini-Amsterdam über das Thema: Massenorganisation oder Auliste? Dann wurde nach einem ausführlichen Referat des Genossen Paul-Prag die Frage der Vereinfachung der sozialistischen Jugendbewegung behandelt. Am dritten Tage beschäftigte sich die Tagung mit den Aufgaben der Jugendführung. Auch hier gingen der Diskussion zwei Referate voraus. Es sprachen die Genossen Olsenhauer-Berlin und Kanih-Wien. Den Abschluß bildete die Erörterung der Fragen der politischen Aktivierung der Jugend, die Genosse Westphal-Berlin einleitete. Auch diese zweite internationale Führeraussprache zeigte den Wert eines derartigen ungezwungenen Meinungsaustausches über die wichtigsten Fragen sozialistischer Jugendführung.

Zu dem großen Erfolg der beiden internationalen Beratungen trug wesentlich die großzügige Gastfreundschaft der skandinavischen Genossen bei, deren Gäste die Teilnehmer der Tagungen in dem wunderschön gelegenen Schloß „Hindsgaard“ waren. Die Mehrzahl der Delegierten begibt sich nach Schluß der Führeraussprache zur Teilnahme an dem skandinavischen Jugendtag am 23. und 24. Juni nach Stockholm.

Der heftige Landtag verabschiedete am Mittwoch die zum Landtagswahlgesetz gestellten Anträge. Der demokratische Antrag auf Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Angenommen wurde ein deutschnationaler Antrag, die Wahlperiode von drei auf vier Jahre zu verlängern. Gegen diesen Antrag stimmten die Sozialdemokraten und Kommunisten.

Der Kampf um die Urania.

Erregte Auseinandersetzungen in der Mitgliederversammlung.

Der Urania-Berein hatte zu Mittwochsabend in den Spatenbräu, Friedrichstr. 172, eine Mitgliederversammlung einberufen, die außerordentlich stark besucht war. Der Vorsitzende wollte gern, daß folgende Fragen erörtert würden: „Soll das Haus der Urania verkauft werden?“, „Soll die Urania aufgelöst werden?“, „Sollen die Direktoren eine Entschädigung bekommen?“, „Die Versammlung aber wollte vor allen Dingen die Gründe des Zusammenbruchs erörtern, und so kam es zu sehr lebhaft vorgetragenen leidenschaftlichen Anklagen.

Justizrat Becherer, der die Leitung der Versammlung übernahm, beantragte, daß man sehr hohe Summen für die Abfindung der beiden Direktoren der Urania ausgeworfen habe. Dem langjährigen Direktor Prof. Goerke, der 60 000 M. bekommen sollte, könne man den Betrag wohl mit Rücksicht auf seine dreißigjährigen Verdienste um das Institut gönnen, anders sei es aber bei dem zweiten Vorstandsmitglied v. Leszel, das 40 000 M. bekommen sollte, obwohl es erst vor einigen Jahren in die Urania eingetreten sei. Der bekannte Zoologe Prof. Neumann erklärte als Aktionär der Urania, daß der beabsichtigte Verkauf des Gebäudes in der Taubenstraße für 400 000 M. eine glatte Schiebung sei, und von anderer Seite wurde betont, daß Häuser in gleicher Geschäftslage mit 1/2 Millionen bezahlt würden. Einer der Redner, Herr Bötscher, behauptete, die Urania sei an Herrn Direktor von Leszel zugrunde gegangen. Bevor er in das Direktorium eintrat, wurde die Unrentabilität der Urania erst künstlich konstruiert. Die Ausstellungs- und Experimentierkabinen wurden damals geschlossen und an einem Herrn aus dem Aufsichtsrat als Bureauräume vermietet. Es sei nicht zutreffend, wenn behauptet wird, kein Mensch interessiere sich mehr für die Form der früheren Darbietungen der Urania. Als die Urania streng populär wissenschaftlich war, bestand ein Interesse für ihre Darbietungen. Dann erzählte Herr Bötscher noch etwas von Herren aus der Industrie, die uneigennützig an dem Wiederaufbau der Urania arbeiten wollten. Herr Bötscher führte sodann aus, die Verfassung der Urania sei eine derartige, daß Kritik nicht geübt werden könne. Die Urania sei ein Musterbeispiel dafür, wohin gemeinnützige Unternehmen als Aktiengesellschaften geraten können. Man habe aus einem naturwissenschaftlichen Theater ein naturwissenschaftliches Kabarett gemacht. Militärische Fische sei in die Urania eingezogen und habe alles vernichtet. Die Organisationen hätten mit der Urania nicht mehr mitarbeiten können, denn ihre Darbietungen hätten mit der Pflege der Naturwissenschaft nichts mehr zu tun gehabt. Die Lage des Urania-Hauses sei gut, man müsse das vorhandene benutzen und neu aufbauen. Der Urania-Berein und die Aktionäre müßten dahin streben, daß eine andere Zusammensetzung von Aufsichtsrat und Direktorium erfolge. Dem Direktor v. Leszel solle eine Entschädigung zugebilligt werden, die einem kleinen Vermögen gleichkomme. Warum stelle man denn die verantwortlichen Organe keine Regre-

ansprüche? Nachdem dann noch ein Redner betont hatte, man müsse die allerbreiteste Öffentlichkeit auf diesen öffentlichen Skandal aufmerksam machen, wurde aus dem Urania-Berein heraus ein Komitee gewählt, das sich in die am Donnerstagsmittag stattfindende Aufsichtsratsitzung begeben soll.

Naturschutz als Volksfrage.

Der Volksbund Naturschutz konnte gestern auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblicken. Zahlreiche Graulanten verwandter Vereine hatten sich im Bürgeraal des Rathauses eingefunden. Vom Märkischen Museum war Abteilungsleiter Dr. Hülzheimer, von der städtischen Forstverwaltung Oberförster Couvier erschienen. Die Anerkennung der staatlichen Stelle für Naturdenkmalschutz sprach Professor Dr. Schönichen aus, für den Naturschutzring Brandenburg gratulierte Erich Griebel und Regierungsdirektor Laurisch von der Regierung in Frankfurt a. d. O. überdrachte als Geschenk Beiträge mit den Besitzern von Oederhagen im Kreis Lebus, auf denen die seltenen Adonisröschen wachsen, die nunmehr durch diese Beiträge geschützt sind.

Der Begründer und Leiter des Volksbundes Dr. Klose dankte in seiner Festansprache für die Ehrungen und gab einen interessanten Ueber- und Rückblick auf die Tätigkeit des Vereins während der fünf Jahre. In 250 Tageswanderungen, Studienfahrten, Museumsführungen, Kursen, Vorträgen, Heimat- und Filmabenden brachte er den Mitgliedern die Dinge des Natur- und Heimatschutzes nahe, brachte ihnen unsere Mark Brandenburg als Heimat nahe, machte ihnen Tier und Pflanze, Stein und Land lieb und vertraut. Die praktische Naturschutzarbeit bestand in dem Erwerb bzw. in Pachtung von Naturschutzgebieten wie dem Solmer Luch (bei Potsdam), dem märkischen Naturschutzgarten bei Frankfurt, der Pachtung von 14 Morgen Orchideengebiet im Norden Berlins. Leider mußte mitgeteilt werden, daß gerade in diesen Tagen bei Schildow ein einzigartiges Naturdenkmal, die in einem Bach befindlichen Kalk-Sinterterrassen, eine geologische Merkwürdigkeit, vernichtet worden sind. Der Redner betonte mit erfreulichem Eifer und mit Nachdruck die überparteiliche Einstellung der gesamten Naturschutzarbeit, an der Angehörige aller Bevölkerungsklassen teilnehmen und auch weiter herangezogen werden müssen. In vielen Lichtbildern, in denen leider die nichtfolgenden Gruppenaufnahmen überwucherten, wurden die Ausführungen illustriert. Prächtig waren die Bilder eines Oberforstmanns Leisch. Bedauerlicherweise hörte man gar nichts über die Arbeiten zum Schutz der heute heute mehr denn je bedrohten See- und Flußufer. Mit Recht erwartet Dr. Klose sehr viel Hilfe von dem schon längst fälligen Naturschutzgesetz, das aber seinen Zweck nicht erfüllen wird, wenn es nicht Möglichkeiten gibt, auch privaten Besitz der Vernichtung zu entziehen.

Zwei folgenschwere Explosionen.
Dampfbohrer und Spiritusflasche.

Im Kesselhaus der Schultheiß-Pagenhofers-Brauerei in der Lichtenfelder Straße 11/17 ereignete sich heute vormittag gegen 11 Uhr ein schwerer Unfall.

Von einem großen Kessel gehen als Ringleitung mehrere etwa 25-30 Zentimeter starke Rohre aus, die ständig unter starkem Druck und großer Hitze stehen. Vermutlich infolge Ueberdrucks wurde unter lauter Delegation ein starkes Sicherheitsventil herausgeschleudert. Gemaltige Dampfströme strömten heraus und erfüllten das ganze Kesselhaus. Während es einigen Arbeitern rechtzeitig gelang, das Freie zu gewinnen, zog sich der Arbeiter Erich Spill aus der Großen Frankfurter Straße schwere Verbrennungen zu. Durch einen Wagon des Städtischen Rettungsamtes wurde der Verunglückte in die Universitätsklinik nach der Siegestraße gebracht. — Da zuerst angenommen wurde, daß es sich um eine Kesselexplosion handelte, war auch die Feuerwehr alarmiert worden.

Bei Montagearbeiten in einer Gastwirtschaft in der Landsberger Straße ereignete sich heute vormittag kurz nach 10 Uhr eine folgenschwere Spiritusexplosion. Der 15jährige Lehrling Georg Schmidt aus der Trautenaustraße zu Wilmersdorf, der bei einer Installationsfirma in der Trautenaustraße angestellt ist, war mit Vorkarbeiten beschäftigt und hantierte dabei mit einer gefüllten Spiritusflasche herum. Aus bisher noch ungeklärter Ursache explodierte die Flasche. Sch. erlitt schwere Verbrennungen am Kopf und Körper und brach bewußtlos zusammen. Durch einen Wagon des Städtischen Rettungsamtes wurde der Verunglückte in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo er schwer darniederliegt.

Die „Kraher“.

Mit billigen Einfäusen betrieb ein Bäckermeister im Norden der Stadt ein schwunghaftes Geschäft, bis er jetzt als Abnehmer von „Kraher“ entlarvt und festgenommen wurde. Schon seit Anfang des Jahres klagten Speiditeure, Mehlhändler und Bäcker ständig, daß auf den Wagen zu den Bäckereien Mehl aus den Säcken verschwinde. Aus früheren Erfahrungen wußt man, daß unredliche Ausfuhr während der Fahrt Säcke öffnen und einen Teil des Inhalts in leere Säcke, die sie zu diesen Zwecken mitnehmen, umfüllen. Die Bäckermeister wiegen oft nicht gleich nach, weil ihnen sonst die Säcke nicht in den Borratsraum oder in die Backstube getragen, sondern einfach vor der Tür abgeladen werden. So stellen sich die Diebstähle immer erst später heraus. Die Klagen veranlaßten jetzt die Kriminalpolizei zu umfassenden Beobachtungen. Diese ergaben, daß bei einem Bäckermeister in der Franzosenstraße oft zwei bis drei Mehlwägen an einem Tage vorfahren und abladen. Bei einer Kontrolle des Lagers fanden die Beamten einen auffallend großen Vorrat von etlichen 60 Sack Mehl. Der Meister gab endlich zu, daß er einer ganzen Reihe von Ausfuhrern ständig Mehl abgenommen hatte, obwohl er wußte, daß es gestohlen war. Er erhielt es, wie er sagt, zu „Großhandpreisen“. Der Form wegen kaufte er von Zeit zu Zeit auch regelrecht etwas ein, um seine Bücher für die Steuer auf dem laufenden zu halten. Alles, was er so und „hinten herum“ erwarb, verarbeitete er in seiner eigenen Bäckerei. Der Entlarvte wurde festgenommen.

Note Frontkämpfer gegen Heilsarmee.

Gestern abend gegen 8 Uhr wurden Mitglieder der Heilsarmee bei Gesangsveranstaltungen auf dem Hofe des Hauses Alterstraße 83 durch Angehörige des Roten Frontkämpferbundes belästigt. Als ein Schuttpolizist zum Schutze der Heilsarmeeoldaten einschritt, wurde er von mehreren Roten Frontkämpfern angegriffen, so daß er von seinem Gummifüßel und seinem Seitengewehr Gebrauch machen mußte. Zwei der Angreifer wurden festgenommen, jedoch von ihren Genossen wieder befreit. Der Haupttäter konnte zwangsweise gestellt werden.

Bereitete Notzucht.

Am 23. Mai verfuhr ein Mann im Walde bei der Machnower Schloße eine vierzehnjährige Schülerin zu notzuchtigen, als das Mädchen sich morgens um 7 Uhr auf dem Wege zum Unterricht befand. Der Kampf des Kindes mit dem Täter wurde von der Chaussee aus von einem Arbeiter bemerkt, der den Verdächtigten verfolgte. Der Arbeiter hatte ein Fahrrad bei sich und trug einen Aufschuß. Er fuhr nach einem kurzen Gespräch

dem Mädchen zur Arbeitsstelle in der Richtung Wannsee. Da er die einzige Person ist, die das Gesicht des Täters gesehen haben dürfte, wird er hiermit aufgefordert, sich bei dem Staatsanwalt Dr. Rünzberg in Potsdam, Landgericht, Zimmer 5, zu melden. Dort wollen auch alle Personen, die sachdienliche Befunde zu dem Verbrechen machen können, vorsprechen.

Jo Sherman verhaftet.

Nach der Mitteilung eines Berliner Mittagsblattes ist der Leiter der Jugendbühne „Junge Generation“, Dr. Jo Sherman, wegen Kreditbetruges und anderer Delikte verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert worden. Dazu teilt uns der Rechtsbeistand des Verhafteten, Rechtsanwalt Otto Joseph, mit, daß die gegen Herrn Sherman erhobenen Beschuldigungen von einem Vertreter einer Firma ausgehen, der seine Befugnisse offenbar weit überschritten und unter der Ablicht, sich zu deden, die Beschuldigung gegen Herrn Sherman erhoben hat. Ueber den von der Verteidigung gestellten Haftentlassungsantrag wird in Kürze entschieden.

Krautdrohke gegen Polizeikraftwagen.

In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr passierte ein Polizeikraftwagen auf einer Streifjahi die Kreuzung der Brümmer- und Fabekstraße in Zehlendorf. Eine Krautdrohke fuhr ihm in die rechte Flanke, sodah sowohl der Polizeikraftwagen wie auch die Autodrohke stark beschädigt wurde. Von den Insassen des Kraftwagens erlitten der Polizeiwachmeister Ehler durch Glassplitter Verletzungen im Gesicht, der Polizei-Unterwachsemeister Hüffel Querschüssen am linken Unterschenkel. Beide Fahrzeuge mußten abgeschleppt werden. Die Schuldfrage bedarf noch der Aufklärung.

„Von Nationalsozialisten überfallen.“ Von dem Besitzer des Café Beder, Mariendorf, Chausseestraße, Ecke Eilenader Straße, Herrn Kühn, wird uns zu der gleichnamigen Rottz in der Dienstag-Edausgabe mitgeteilt: „Es ist nicht wahr, daß in meinem Café Reichsbannerleute von Nationalsozialisten überfallen worden sind. Wahr ist dagegen, wie aus dem amtlichen Polizeibericht hervorgeht, daß der angeführte Vorfall sich auf der Straße, vor dem Café Beder, abgespielt hat. In meinem Café herrschte absolute Ruhe, meine Gäste haben von dem ganzen Vorfall überhaupt nichts bemerkt.“

Der Prozeß Grosavescu.

Weitere Zeugenvernehmungen.

Wien, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Heute früh wurde das Zeugenerhör fortgesetzt. Zunächst wurde der Hausarzt des Ermordeten vernommen. Ueber den Selbstmordversuch der Frau Grosavescu befragt, erklärte er, daß die Angeklagte nur wenig Gift in sich gehabt habe. Dann wird der erste Chemann der Angeklagten vernommen. Er erzählt die Geschichte seiner Ehe und gibt auf die Fragen, ob seine Frau auch auf ihn einmal ein Revolverattentat verübt habe, an, daß das ganze unwahr sei. Es habe zwischen ihnen Zwistigkeiten gegeben, in der Hauptsache deshalb, weil seine Frau über jede Kleinigkeit sehr aufgeregt wurde. Hierauf folgt die Vernehmung der gerichtsarztlichen Sachverständigen. Sie geben an, daß Grosavescu kaum noch einen Atemzug getan haben könne, nachdem ihm die Kugel getroffen hatte. Der nächste Zeuge ist dann ein Konserjänger Professor Ehrhardt, ein Freund des Ermordeten. Er stellt dem Ermordeten das beste Zeugnis aus und behauptet, daß er, obwohl er den Sänger 2 1/2 Jahre gekannt habe, bestätigen müsse, daß dieser nicht getrunken hat. Das Verhör wird fortgesetzt.

Familiensquad in Augsburg.

Augsburg, 23. Juni. (M.B.) Gestern nachmittag geriet ein Ehepaar wegen eines Liebesverhältnisses ihrer 23jährigen Tochter mit einem stellunglosen 27 Jahre alten Gärtner in Streit, in dessen Verlauf der Ehemann seiner Frau mit einem Messer zwei Stiche in den Oberschenkel und in die Bauchgegend beibrachte, so daß die Gedärme herausstraten. Während die Verletzte auf die Straße elkte und in ein Krankenhaus gebracht wurde, hörten die Hausbewohner einen schußähnlichen Knall. Die Polizei fand den Ehemann tot in einer Stullecke liegend mit einer großen Wunde am Kopf auf. Die Untersuchung ergab, daß er durch einen Schuß mit einer Schrotpatrone aus allernächster Nähe getötet worden war. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft wurde das Ehepaar verhaftet.

Das Recht auf Ruhe.

Es dürfte wohl am Dienstag das erstmalig gewesen sein, daß sich in Berlin eine große und bedeutsame Versammlung mit der Frage des Varmischunges beschäftigt hat. Gemeint ist die Versammlung der Bewohner der Siedlung Brieg, die sich sehr energisch dagegen verhalten hat, daß man ihnen einen Versuchsflugplatz vor die Nase baut, auf dem tagaus tagein die Motore heulen und toben. Eine große Wohngemeinschaft hat hier vollkommen richtig die Wichtigkeit der für die Gesundheit des Menschen unbedingt notwendigen Ruhe, besonders auch der Abend-, Nacht- und Frühmorgenruhe erkannt. Denn ein Gemeinwesen wie diese Millionenstadt würde sich dem langsamen Nervenleibst mord ausliefern, wenn sie nicht mit Eifer darüber wachte, daß ihre Bürger nach einem von außergewöhnlichen körperlichen und geistigen Anstrengungen erfüllten Arbeitstag einen ungehinderten Feierabend und eine ruhige Nacht hätte. Diese Gemeinde mühte in Widerspruch mit sich selbst und ihren größten Kulturzielen geraten, wenn sie sich auf der einen Seite bemüht, Industrie- und Wohnvierteln zu trennen, um den letzteren die notwendige Ruhe zu gewährleisten, um auf der anderen Seite ein so ausgesprochenes Wohn- und Ruheviertel wie es die neue Siedlung Brieg ist, dem größten Värmern unserer Zeit, dem Flugmotor, auszuliefern. Das muß unter allen Umständen vermieden werden. Man würde einen Protestorfan erleben, wenn man den Flugplatz in die Wohnviertel der Reichen, etwa nach Dahlem oder Lichterfelde oder Wannsee verlegen wollte. Hier erregt es schon Empörung und gibt Proteste, und zwar durchaus mit Recht, wenn auf der Averbahn die Träniermaschinen mit 200-Kilometertempo von früh bis in die späte Nacht über den Zementboden und heulen, daß es kilometerweit im Umkreis zu hören ist. In Brieg hat das Projekt eine derartige Unruhe erregt, daß bereits heute viel Anwohner entschlossen sind, der Siedlung, falls das Projekt durchgeht, den Rücken zu kehren. In diesem Fall würde sogar der weitere Ausbau auf das schwerste gefährdet werden. Berlin aber kann und darf heute kein größeres und wichtigeres Ziel haben, als das unerhörte kaum noch zu tragende Wohnungsleiden durch beschleunigten Wohnungsbau mit allen Kräften mildern zu helfen. Für dieses Ziel müssen alle Kräfte, geistige wie materielle eingesetzt werden. Es ist hoch erfreulich, daß es wieder einmal die Sozialdemokratie ist, die, wie die Protestversammlung bewiesen hat, für eine wahre soziale hygienische Kulturförderung, den Schutz vor Värm, sich einsetzt. Die Stellungnahme der Brieger Genossen darf also nicht übersehen werden und wird hoffentlich dazu führen, daß der Plan aus dem Reichsbild Berlins verbannt bleibt. Wie wäre es mit dem riesengroßen abgelegenen Döberitzer Truppenübungsplatz?

Verbandsstgung der märkischen Schornsteinfeger.

Der Provinzialverband für die Schornsteinfeger der Provinz Brandenburg, Berlin und Grenzmark hielt seinen diesjährigen Verbandstag ab, der von Delegierten und Mitgliedern stark besucht war. Der Vorsitzende des Verbandes, Obermeister Salomon, Berlin, hob in seinem Geschäftsbericht hervor, daß der Verband fünf Innungen mit 379 Betrieben umfaßt, die 612 Gesellen und 82 Lehrlinge beschäftigen. Als wichtigste Forderung gegenüber den Behörden wurde die Heranziehung der Mitglieder bei den Feuerungsverordnungen Maßnahmen genannt, insbesondere gilt dies der Brandschau auf Neubauten. Diese Kontrolle soll bereits dem Rohbau gehen und nicht erst, wenn die Schäden bereits zugebaut sind, später bei der Gebrauchnahme. An einer Reihe von Fällen wurde gezeigt, wie oft fahrlässig durch unsachgemäße Anlage, Schutz und Ausführung der Schornsteine Leben und Gesundheit der Hausbewohner in Gefahr gebracht werden. Ja, die häufiger aufgetretenen Kohlenoxydgasvergiftungen führen meist auf Fehler in den Schornsteinanlagen zurück, die im alten Wohnbau mühevoll aufzufinden sind. Darum besteht eine zweite Forderung mit Recht, innerhalb von zwei Jahren obligatorische örtliche Besichtigungen sämtlicher Feuerungsstätten in den Häusern durchzuführen, um vorhandene Schäden vor Eintritt der Gefahr zu beseitigen. Der Verband hat in diesem Sinne eine Feuerberatungsstelle geschaffen, die bei dem Publikum großen Anklang findet. In einem zweiten Vortrag gab Obermeister Hilgenfeld den Bericht über die technische Arbeitsgemeinschaft. Ihre Arbeit umfaßt das außerordentlich wichtige Gebiet der Weiterbildung der Kollegenschaft und des Nachwuchses auf feuerungstechnischem Gebiet, sowie in gutachtlichen Arbeiten u. a.

Das diesjährige Falkenberger Volksfest am Sonntag, dem 3. Juli, und auch das am Sonntag, dem 10. Juli, folgende Bauhüttenfest haben als Grundgedanken das Wochenende. So wird u. a. ein fehrbares Wochenendhaus mit separatem Eingang für Männer und Frauen gezeigt werden und ein zum Himmel ragendes Wochenendwahrzeichen wird den Festplatz weithin kenntlich machen. Dann sind da noch ein Wochenendkeller, der auch als Wochenendmuseum dienen wird, ja selbst Wochenendmürste mit Wochenendmostrich und Wochenendschrippen werden zu haben sein. Am Tage sorgt ein Wochenendüberbrett, für das Weinert, Vogt und Prochnow verantwortlich zeichnen, für die beste Wochenendstimmung. Hecker und Kawa lassen für die Jugend alle Puppen tanzen. Für den Festzug haben große Gruppen der freien Gewerkschaftsjugend, der Volkshüttenjugend, der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Naturfreunde ihre Beteiligung zugesagt, so daß ein lustiges und farbenprächtiges Bild sich darbieten wird. Ein Fackelzug beschließt das Fest.

Für das Reichsbannerfest, das Sonnabend und Sonntag in Frankfurt a. d. O. stattfindet, sind Sonntagserückfahrkarten bereits von Freitag, den 24. Juni, mittags 12 Uhr ab am Schalter 1 erhältlich. Zu dem Zuge 17.48 Uhr ab Schlesischen Bahnhof verkehrt am Sonnabend, dem 25. Juni, ein Vorzug 17.36 Uhr und ein Nachzug 17.56 Uhr. Der Gaudiorstand bittet dringend, nur diese beiden Züge zu benutzen, damit der fahrplanmäßige Zug entlastet wird.

„Die Türkei als Schlachtfeld des russisch-englischen Weltkampfes“ wird der bekannte Kenner der modernen Türkei, Dr.-Ing. Karl Klinghardt, Frankfurt a. M., am Donnerstag, dem 23. Juni, im Rahmen der öffentlichen Vorträge des Geopolitischen Seminars der Deutschen Hochschule für Politik behandeln. Der Vortrag findet statt im Hörsaal I der Deutschen Hochschule für Politik, Schinkelplatz 6. Beginn 9 Uhr abends. Eintritt frei.

Der Buchdruckerverband 1926.

Aufstieg trotz Krise.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker kann auch über das Jahr 1926 von einer erfreulichen Aufwärtsbewegung berichten. Trotz der Krise, unter der alle Gewerkschaften zu leiden hatten, war eine Zunahme des Mitgliederstandes zu verzeichnen. Die Organisation zählte am Ende des Jahres 80 477 Mitglieder. Hinzu kommen 14 152 Lehrlinge, die in der Lehrabteilung vereint sind. Diese Zunahme ist bei dem ohnehin sehr guten Organisationsverhältnis der Buchdrucker um so erfreulicher.

Entsprechend der günstigen Mitgliederbewegung sind natürlich auch die Kassenverhältnisse zufriedenstellend. Die Unterstützungseinrichtungen konnten zum Teil noch weiter ausgebaut werden. Auf diesem Gebiete ist der Verband nicht nur bahnbrechend gewesen, sondern er steht darin auch heute noch mit an erster Stelle.

Von entscheidender Bedeutung war der Kampf um den Achtstundentag. Durch die Solidarität der Buchdrucker in allen Teilen des Reiches ist es möglich gewesen, den Achtstundentag zu erhalten und schließlich erneut tariflich festzulegen. Außerdem wurden erfolgreiche Schritte gegen das Ueberstundenwesen unternommen. Alle diese Maßnahmen haben wesentlich dazu beigetragen, daß die Zahl der Erwerbslosen nicht weiter emporschnellen konnte. Im vierten Quartal wurden 10 925 arbeitslose Mitglieder gezählt gegenüber 12 237 im ersten Quartal. Besonders schwierig gestalteten sich die Verhältnisse im Freistaat Danzig, weil dort infolge der sinkenden polnischen Währung zahlreiche Druckaufträge nach Polen vergeben wurden.

Bei Lohnabwärtungen der Unternehmer ist es an verschiedenen Stellen zu Konflikten gekommen. Es gelang aber fast überall, den Angriffen der Unternehmer erfolgreich entgegenzutreten.

Für den Mantel- und Lohnstarif hatten die Unternehmer zahlreiche Verschlechterungsanträge gestellt. Dadurch war der Neuabschluss eines Tarifes zunächst völlig in Frage gestellt. Erst in längeren Verhandlungen konnten diese Verschlechterungsanträge fast restlos abgewehrt und sogar einige Verbesserungen für die Gehilfen durchgesetzt werden. Am 2. März wurde der Mantel- und Lohnstarif abgeschlossen. Ueber den Mantelstarif fand eine Urabstimmung statt, bei der sich die Annahme des Tarifes mit 67,4 Proz. ergab. Mantel- und Lohnstarif sind vom Reichsarbeitsministerium verbindlich und vor kurzem auch allgemeinverbindlich erklärt worden. Damit hat die Tarifbewegung im Buchdruckgewerbe vorläufig ihren Abschluß gefunden.

Im abgelaufenen Jahre konnte der Verband auf sein 60jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurde der vom 21. bis 27. Juni in Berlin abgehaltene Verbandstag zu einer würdigen Jubiläumssfeier ausgestaltet, woran viele Kreise der Arbeiterschaft lebhaften Anteil nahmen. Die Beschlüsse des Verbandstages legten erneut Zeugnis davon ab, was eine zielbewusste Organisation für die Arbeiterschaft zu leisten vermag. Besondere Erwähnung verdient das neu errichtete Verbandsbureau in der Dreieckstraße in Berlin. Dort laufen alle Fäden des organisatorischen Lebens zusammen. Der imposante Bau hat selbst den Gegnern Achtung vor der Kraft der freien Gewerkschaften abgerungen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß überall gute, vorbildliche Arbeit geleistet worden ist, sei es in den Sparten, auf dem Gebiete der Bildungsbestrebungen, im Graphischen Bund oder auf anderen Gebieten. Ferner lieferte die Statistik wertvolles Material. Auch der Pflege guter internationaler Beziehungen wurde ein reges Interesse entgegengebracht. Gut ausgebaut ist weiter der „Korrespondent“.

Der Buchdruckerverband dankt seinen Aufstieg zum großen Teil der freudigen Mitarbeit seiner Mitglieder. Man kann nur wünschen, daß der bewährte Opfersinn der Buchdrucker und die unerschütterliche Treue zur Organisation allezeit erhalten bleiben. Dann kann die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes mit Stolz auf das Erreichte blicken und getrost der Zukunft entgegengehen!

Der Nordwollkonzern kapituliert.

Die Gerichte sollen ihm weiterhelfen.

Die Konzernleitung in Delmenhorst hat der Presse folgende Verlautbarungen übermittelt:

1. Die Verbindlichkeitsverpflichtungen der Schiedsgerichte für Delmenhorst, Eisenach, Langensalza, Mühlhausen und Glücksbrunn sehen die betreffenden Konzerngesellschaften als ungescheit an. Die ordentlichen Gerichte werden darüber zu entscheiden haben, ob das Reichsarbeitsministerium in rechtmäßiger Weise das Verfahren gegen den Konzern eröffnet und durchgeführt hat. Die Nachprüfung durch die Gerichte wird monatelang dauern, die Gesellschaften erklären sich daher unter Vorbehalt der gerichtlichen Nachprüfung bereit, die Lohn- und Mantelstarifbestimmungen der Schiedsgerichte zu übernehmen und bieten den streikenden Arbeitern an, zu den Bedingungen des Schiedsgerichtes die Arbeit wieder aufzunehmen.

2. Die Uebernahme des Schiedsgerichtstarifes hat nur für den kleineren Teil der vor dem Streik beschäftigten Arbeiter Bedeutung. Mehr als zwei Drittel dieser Belegschaften (nämlich 6300 von insgesamt 9000), die während des ganzen Streikes trotz der Streikpatole gearbeitet haben, haben den vor einigen Wochen mit den Werksvereinen der betreffenden Betriebe abgeschlossenen Leistungslohntarif anerkannt.

3. Eine Uebernahme der Lohnbedingungen der Schiedsgerichte für die jetzt noch streikenden Arbeiter konnte von den Konzerngesellschaften um so eher erfolgen, als die Schiedsgerichte den streikenden Arbeitern Löhne bringen, die erheblich unter den Verdiensten der obengenannten Leistungslohntarife liegen. Die groß der Unterschied ist, zeigt folgende Gegenüberstellung: In Delmenhorst verdient zum Beispiel ein Sektorspinner pro Woche durchschnittlich 30,25 M. nach dem Schiedsgericht; nach dem Leistungslohntarif kann er zwischen 36 bis 54 M. verdienen.

4. Praktisch ergibt sich durch die Uebernahme der Löhne des Schiedsgerichtes, daß in diesen Betrieben nach zwei Tarifen gezahlt wird. Es wird den Arbeitern die Wahl gelassen, ob

sie nach dem Leistungslohntarif oder nach dem Schiedsgericht bezahlt werden wollen.

5. Von den weiteren 11 Betrieben des Konzerns, für die eine Verbindlichkeitsverpflichtung der Schiedsgerichte abgelehnt worden ist, standen nur vier im Kampf, nämlich die drei Hamburger Werke und die Firmen Tittel und Krüger in Leipzig. Diese Werke waren befristet tarifgebunden, und der Streik stellte sich daher als Tarifbruch dar. Der Konzern hat aus diesem Tarifbruch alle durch die Rechtslage gegebenen Folgerungen gezogen und wird auch die Gewerkschaft für den entstandenen Schaden haftbar machen. Nach Ablehnung der Verbindlichkeitsverpflichtung haben sowohl in Hamburg als auch in Leipzig die Gewerkschaften um Verhandlungen nachgesucht. Diese sind in Hamburg inzwischen zum Abschluß gekommen mit dem Ergebnis, daß die Wiederaufnahme der Arbeit zu erfolgen habe nach den Arbeitsbedingungen, wie sie vor der Arbeitsunterbrechung bestanden, daß ferner die Arbeiter neu eingestellt würden, daß sie ihrer Urlaubsansprüche verlustig gingen, und daß die Wiedereinstellung nach Maßgabe der betrieblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen habe.

Es erübrigt sich, die sich so deutlich aus dem Konzept des Konzerns ergebenden Scharfmacherallüren näher zu charakterisieren. Der Textilarbeiterverband will die ihm angebrachte erscheinende Antwort nicht schuldig bleiben. Es genügt daher zunächst die Feststellung, daß der Konzern sich herbeigelassen hat, die verbindlich erklärten Schiedsgerichte zu erfüllen. Trotzdem die Konzernleitung den Wert der verbindlich erklärten Schiedsgerichte für die Arbeiterschaft herabzusetzen sucht, läßt das Verhalten der Herrschaften in den Fällen, in denen die Schiedsgerichte nicht für verbindlich erklärt wurden, deutlich erkennen, wie sie mit der Arbeiterschaft umzuspringen gedenken, wo der Schutz der Verbindlichkeit fehlt.

Jedenfalls muß die deutsche Textilarbeiterchaft alles an die Stärkung ihrer Organisation setzen, um sich diesem brutalen Konzern gegenüber zu behaupten.

Zum Streik bei Zwietsch.

Die Streikenden harren aus.

Die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Zwietsch beschäftigten sich in einer gut besuchten Versammlung zu Beginn dieser Woche erneut mit der Streitfrage. Genosse Riedel vom Deutschen Metallarbeiterverband sowie Genosse Bicht vom Holzarbeiterverband, die einleitend einen kurzen Situationsbericht gaben, teilten mit, daß sie mehrmals versucht haben, über den Verband Berliner Metallindustrieller eine Verständigung mit der Firma anzubahnen. Die Firma hat jedoch jede Verhandlung abgelehnt mit der Begründung, daß sie gar keine Verhandlung habe, zu verhandeln. Die Betriebsleitung gibt sich wahrscheinlich der Hoffnung hin, durch Verschleppung des Konflikts die Streikenden allmählich so müde und gefügig zu machen, daß sie sich schließlich bedingungslos jedem von ihr verfügten Diktat unterwerfen. Sie glaubt anscheinend, daß die Streikenden nicht darüber unterrichtet sind, wie „reibungslos“ sich der Produktionsprozeß im Betriebe mit Hilfe der Streikbrecher abwickelt. Die Streikenden wissen sehr gut, daß es den Reiskern einfach unmöglich ist, den Betrieb mit den Streikbrechern aufrecht zu erhalten, die zum größten Teil nicht einmal zu den einfachsten Arbeiten fähig sind. Die Betriebsleitung verlangt jetzt immer nachdrücklicher, daß die Tausende zur Aufrechterhaltung des Betriebes verauslagten Gelder nicht ganz nutzlos verpulvert werden.

An der Diskussion wurde von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß die Streikenden entschlossen sind, so lange im Kampfe auszuharren, bis die Firma ihren Machtkernpunkt aufgibt und den Forderungen der Streikenden nach einer zehnprozentigen Lohnsteigerung entgegenkommt, zumal die volle Erfüllung dieser Forderung größtenteils nur ein Ausgleich für die im Vorjahre gemachten Lohn- und Akkordabzüge darstellt. Die Streikenden erwarten aber auch von der übrigen Berliner Arbeiterschaft, daß sie ihren schweren Kampf weiterhin unterstützt, und daß besonders die Arbeiter des Siemens-Konzerns jede von ihnen verlangte Streikarbeit glatt ablehnen.

Moskau appelliert an Englands Gewerkschaften.

London, 23. Juni. (R.B.) Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses trat heute zu einer Vollsitzung zusammen. Es wurde das Ersuchen der russischen Gewerkschaften beraten, sofort eine Konferenz des englisch-russischen Gewerkschaftsausschusses einzuberufen, um die durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Rußland geschaffene Lage zu besprechen. Der Generalrat hat nach längerer Sitzung beschlossen, den Bericht der Berliner Konferenz vom 1. und 19. Juni, auf der englische und russische Gewerkschaftsvertreter in dieser Angelegenheit zusammengekommen sind, einem Ausschuss zu überweisen, der den Auftrag hat, bis zur nächsten Tagung des Generalrats den Entwurf einer Entschließung hinsichtlich des russischen Ersuchens auszuarbeiten und dem Generalrat zu unterbreiten.

Achtung, Metallarbeiter! Die Belegschaft bei der Firma Sukow u. Co. in Breslau befindet sich in einem Streik. Man versucht in Berlin Streikbrecher anzuwerben. Vor Zutritt wird gewarnt.

Der Bekleidungsarbeiter-Industrieverband scheint nach der Annahme der Richtlinien für den Zusammenschluß durch den Beirat der Hutmacher nunmehr zu marschieren. In der Hutindustrie sind rund 20 500 Personen beschäftigt, von denen 15 500 organisiert sind.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien belief sich am 13. Juni auf 1 028 700 also 60 940 weniger als in der vorgehenden Woche und 601 239 mehr als in derselben Woche des vorigen Jahres.

Verantwortlich für Politik: Dietrich Schiff; Wirtschaft: G. Altingelöhner; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: R. B. Wölger; Soziales und Sonstiges: Frau Raschke; Anzeigen: E. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bevor Sie Tapeten kaufen!

müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahke
Lindower Straße 5
im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster Lichtbeständig: Tapeten mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Wird wasserdichten Engrospreis 40% erspart! - Der weiteste Weg lohnt!

Radio-Anlagen

ohne Anzahlung
nach 5 Monatsraten à M. 5.-
Ihr Eigentum
Ferner in Lautsprecher-Anlagen zu günstigsten Bedingungen liefert das Fachgeschäft
Radiotyp, Alt-Moabit 124
Tel. No. 9239 (gegenüber dem Kriminalgericht)

Metallbetten 10.50

Schlafchaiselongues 24.-
Fabrikpreise Ratenzahlung
Göhr Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1
frei jeder Bahnstation.

Ischias
Rheuma, Rücken, Neuralgien, Hexenschuss. Heilung nachweislich durch das anerkannt erfolgreichste, v. maß. ärztl. Autoritäten erwiesene Begabte und bevorzugte Heilverfahren in 2-15 Behandlungen. Lehmann, Genthiner Straße 14, 10-12, 4-7, Sonntags 11-1. Kein orthopäd. oder Streckverfahren.

Beleuchtungskörper

und jeden elektrischen Gebrauchsartikel bekommen Sie am billigsten bei bequemer Teilzahlung in unseren Ausstellungsräumen, Eisässer Straße 78
Elektrische Anlagen während der Sommermonate einfache Brennstelle 10.- M. bei sauberster Ausführung.
Berliner Elektriker-Genossenschaft E. G. m. B. H.
Eisässer Str. 78-80 / Alexanderstr. 39-40 / Wilmerdorf, Landhausstr. 4

Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 15
(Parfürgebäude)

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 23.-
Auch in Ratenzahlung
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hofparl.
Nabe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Fleisch- und Wurstwaren-Verkauf
billig und gut
Thaerstr. 40
geöffnet von 9-3 Uhr, Freitags und Sonnabends 8-7 Uhr
Schönhäuser Allee 33
geöffnet von 1-4-7 Uhr